

Identifizieren, enteignen, ausweisen

journal.lu - 11.02.2015



LUXEMBURG
CLAUDE KARGER

Wie Luxemburg langsam zur Falle für die jüdische Bevölkerung wurde

Im dritten Teil der Studie geht Artuso näher darauf ein, wie in Luxemburg Juden identifiziert, enteignet und schlussendlich expulsiert wurden. Die jüdische Gemeinschaft selbst - nach dem Waffenstillstand zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich am 22. Juni 1940 waren geschätzt noch 1.700 Juden im Land - versuchte, sich zunächst unter dem neuen Konsistoriumspräsidenten Albert Nussbaum zu reorganisieren. Die Verwaltungskommission unterstützte ihn mit Geld- und Lebensmitteln, um die Hunderten von Flüchtlingen zu versorgen, die er noch zu betreuen hatte. Die deutsche Militärkommandatur war zunächst für die Garantie der Religionsfreiheit eingetreten. Zeitgleich konfiszierte sie zum Beispiel Autos und Gebäude, die Juden gehörten und unterstützte ab Mitte Juli 1940 gezielt die pro-deutschen Bewegungen im Land.

Der "Stoßtrupp" verbreitet Angst und Schrecken

Ein "Stoßtrupp" hetzte gegen Juden und plünderte ihre Geschäfte - in Esch-Alzette räumten sie etwa die Schuhläden von Camille Moyse und Jacques Nussbaum aus. Mitte Juli 1940 gab es Übergriffe auf die Synagogen in Luxemburg, Esch-Alzette und Ettelbrück. Zwar erreichte Verwaltungskommissionschef Albert Wehrer auf Drängen des Konsistoriums Schutzmaßnahmen für die Gebäude. Das sollte aber nicht von langer Dauer sein. Die Einrichtung der Zivilverwaltung unter Gauleiter Simon im August 1940 verschlimmerte die Lage rapide. Den jüdischen Viehhändlern und Metzgern wurde etwa am 23. August 1940 die Nutzung des hauptstädtischen Schlachthauses verboten. Am 5. September 1940 führte Simon die in Deutschland geltenden anti-jüdischen Gesetze auch in Luxemburg ein, zwei Tage später rief er zum Boykott der jüdischen Händler auf. Der Stoßtrupp hatte freie Fahrt und wurde immer brutaler. Im Herbst 1940 trieb er etwa die Juden von Grevenmacher durch die Straßen der Stadt.

Einige waren eifriger als andere

Bei der deutschen Invasion waren zwar etwa 2.000 Juden aus Luxemburg geflohen, doch die Kämpfe in Europa ließen den Flüchtlingsstrom nicht abreißen. Die Auffangstrukturen drohten überzulaufen und die Verwaltungskommission fragte bei der Militärverwaltung nach, inwieweit es möglich sei, die Ausweisung der Flüchtlinge zu beschleunigen. Auch intervenierte man bei den diplomatischen Vertretern Spaniens und Portugals damit Flüchtlinge Visa für diese Länder bekommen konnten. Auch den Chef der Zivilverwaltung bat man um Hilfe, um die Auswanderung zu beschleunigen. Artuso verweist auf einen Brief der Verwaltungskommission an Gustav Simon vom 9. August 1940, in dem auch geschrieben steht, dass Juden die Wiedereinreise nach Luxemburg versagt wird. An diesem Tag, so Artuso, akzeptierten die luxemburgischen Autoritäten die Rassenideologie der Nazis und nahmen den jüdischen Bürgern ihre elementaren Rechte weg.

Eine Liste der Juden in Luxemburg scheint es schon gegeben zu haben, als die deutsche Zivilverwaltung sich einrichtete. Lyzeumsdirektoren und Gemeindeverantwortliche meldeten der Zivilverwaltung, welche nicht-arischen Beamte sie in ihren Rängen, respektive welche jüdischen Familien in den Kommunen gezählt wurden. Gemeldet wurden auch die jüdischen Schüler. Allerdings legten einige Funktionäre mehr Eifer an den Tag als andere.

Die "Revisions- und Treuhandgesellschaft"

Das Historikerteam untersuchte auch die Rolle des aus Buchhaltern und Notaren zusammen gesetzten "Collège des Contrôleurs", dem von der Verwaltungskommission aufgetragen wurde, die Güter jener zu verwalten, die aus Luxemburg geflüchtet waren. Im Oktober 1940 gründeten vier der Mitglieder, darunter Léon Wampach, eine "Revisions- und Treuhandgesellschaft", die fortan im Dienst der deutschen Besatzer stand. Die RuT wickelte 62 der 255 jüdischen Unternehmen ab, die ab Beginn der Besatzung aufgelöst wurden. Die übrigen wurden von der Abteilung IV A "Verwaltung des jüdischen und sonstigen Vermögens" der Zivilverwaltung abgewickelt.

Etwa zehn der damals rund 40 Notare im Land - eigentlich öffentliche Beamte, die den Eid auf das Staatsoberhaupt geleistet hatten - mischten ebenfalls mit und kümmerten sich um Verkaufsakte und Hypotheken für den Immobilienbesitz von Juden oder Emigranten. Am 12. September 1940 ließ Simon dem Konsistorium mitteilen, die Juden hätten zwei Wochen Zeit, das Land zu verlassen. Hunderte Juden waren bereit zum Aufbruch, allerdings lehnten die deutschen Autoritäten in Frankreich und Belgien ab, dass die „luxemburgische Judenfrage“ in ihre Zuständigkeitsbereiche verlagert würde und verweigerten Einreisepapiere. Simon musste die Frist für die Juden verlängern. Die Exilregierung bemühte sich zwar, luxemburgische Juden auszuschleusen. Aber auch Länder wie Portugal machten angesichts des Flüchtlingsansturms ihre Grenzen dicht. Die Evakuierung wurde äußerst kompliziert: Die Deutsche Verwaltung unternahm nichts, die Exilregierung verfügte nur über wenige Mittel und es scheint auch Spaltungen innerhalb des Konsistoriums gegeben zu haben. Für die Zurückgebliebenen wurde Luxemburg am Ende zur Falle. Am 24. April 1941 wurden Großrabbiner Robert Serebrenik und der Präsident des Konsistoriums, Louis Sternberg, nach Berlin ins Reichssicherheitshauptamt befohlen, wo Adolf Eichmann, einer der Drahtzieher der Judenverfolgung, ihnen klar machte, Luxemburg werde „judenrein, so oder so“. Am 26. Mai 1941 verließ Serebrenik Luxemburg für immer an der Spitze eines Konvois von 66 Personen. Anfang November 1941 ging der erste von sieben Deportationstransporten von Luxemburg nach Osteuropa - die luxemburgische Exilregierung kam in diesem Moment zum Schluss, dass sie nichts mehr unternehmen könne, um den blockierten Juden zu helfen.

Die ersten beiden Teile unserer Analyse zur Studie von Artuso finden Sie in der heutigen Ausgabe des "Lëtzebuurger Journal"